

Parlamentssitzung vom 2. Mai 2005

Bericht und Antrag
des Gemeinderates an das Parlament

betreffend

Stellenbewirtschaftung / Stellenumwandlungen

1. Ausgangslage

Mit vorliegendem Bericht Antrag informiert der Gemeinderat das Parlament über die im Jahr 2004 durch die Exekutive in eigener Kompetenz geschaffenen befristeten öffentlichrechtlichen Stellen und die abgebauten Stellenprozente. Ferner legt er ihm eine summarische Übersicht über geschaffene und abgebaute Stellenprozente aus dem Stellenpool vor. Im weiteren beantragt der Gemeinderat dem Parlament die Umwandlung von befristeten öffentlichrechtlichen in unbefristete Stellen (230%) sowie einen Stellenabbau (10%).

1.1 Stellenschaffung ohne Kostenfolge

Für 2005 werden dem Parlament keine neuen Stellen mit Kostenfolgen beantragt. Es werden lediglich 230 Stellenprozente zur Umwandlung von befristeten öffentlichrechtlichen in unbefristete (ohne Kostenfolge) beantragt.

1.2 Aufhebung von unbefristeten öffentlichrechtlichen Stellen

Der Gemeinderat hat im Laufe des Jahres 2004 insgesamt 60 öffentlichrechtliche Stellenprozente abgebaut (50% befristet und 10% unbefristet). Der Gemeinderat unterbreitet dem Parlament die 10 unbefristeten Stellenprozente zur Aufhebung.

2. Umwandlungen in unbefristete öffentlichrechtliche Stellen (ohne neue Kostenfolgen) durch das Parlament

Dem Parlament werden insgesamt **230 Stellenprozente** für die Direktionen SGS und PFD zur Schaffung beantragt.

	Direktion	Richtfunktion	Stellen-%	Stellenbewilligung	Ablauf Bewilligung	Umwandlung per
2.1	SGS/ASV	Adm. Sachbearbeiterin I	50	1.10.1999	30.09.2005	1.01.2005
2.2	SGS/ASV	Sachbearb. im Soz. Bereich / Sozialarbeiterin	40	14.02.2001	28.02.2006	1.01.2005
2.3	SGS/ASE	Adm. MA II	10	1.04.1999	31.03.2005	1.04.2005
2.4	SGS/SCHULA	Berufsarbeiter II	50	1.01.2002	p.r. unbefr.	1.04.2004
2.5	PFD/STAB	Fachspezialist I	80	1.01.2000	31.12.2005	1.01.2006

Kommentare:

- 2.1 Die Umwandlung der 50%-Stelle ist bedingt durch den Fallzuwachs beim Alimenteninkasso und bei den Rückerstattungen. Der monatliche Inkassoerfolg konnte von unter 30'000 auf 43'000 Franken erhöht werden.
- 2.2 Bei den Gefährdungsmeldungen ist seit der Bewilligung der befristeten Stelle ein Fallzuwachs von über 40% zu verzeichnen, was die Umwandlung in eine unbefristete Stelle erfordert.
- 2.3 Auf Grund der aktuellen Lage im Asylbereich muss die Stelle definitiv geschaffen werden.

- 2.4 Der betreffende Mitarbeiter ist auf einer 100%-Stelle (50% in unbefristetem öffentlich-rechtlichem, 50% in unbefristetem privatrechtlichem Vertragsverhältnis). Der Mitarbeitende soll zu 100% in einem unbefristeten öffentlich-rechtlichen Vertragsverhältnis, d.h. über das gesamte Pensum von 100% in einem qualitativ gleichwertigen Vertragsverhältnis stehen.
- 2.5 Der betreffende Mitarbeiter im IZ Köniz-Muri betreut als Applikationsbetreuer und Projektleiter sehr wichtige Themen im Arbeitsumfeld des Informatikzentrums (IZ). Dazu gehören auch die Applikation Easy-Werke (Gebührenprogramme der Wasser-, Abwasser- und Gasversorgung der Gemeinden Köniz und Muri. Zurzeit erfolgt die Migration auf die Nachfolgeversion oder ein Konkurrenzprodukt. Das Know-How des Mitarbeiters muss unbedingt erhalten werden. Das IZ ist im Nachgang zum abgeschlossenen Projekt Informatik 2000 ohne Stellenausbau verschiedene Kundenbeziehungen eingegangen, was den Betrieb des IZ kostengünstig macht. Auf Grund der knappen Personalressourcen verträgt das IZ keinen Stellenabbau und keine Vakanzen.

Bemerkung:

Im Verwaltungsbericht 2004 werden insgesamt 250 Stellenprozente als Umwandlungen ausgewiesen, im Stellenschaffungsantrag hingegen 230 Stellenprozente. Die Differenz von 20 Stellenprozenten betrifft die Umwandlung SGS/SCHULA, welche bereits im Stellenschaffungsantrag 2003 als Umwandlung ausgewiesen wurde.

3. Durch den Gemeinderat im Jahr 2004 bewilligte Stellen (mit Kostenfolgen)

Insgesamt hat der Gemeinderat im Jahr 2004 **270 Stellenprozente** gestützt Art.4 Abs. 2 des Personalreglements bewilligt.

	Direktion	Funktionsbezeichnung	Stellen-%	Stelle bewilligt	Ablauf Bewilligung
3.1	SGS/ASE	Sachb. im Soz. Bereich Sozialarbeiterin	70	28.04.2004	30.06.2009
3.2	SGS/ASE	Sachb. im Soz. Bereich Sozialarbeiterin	20	28.04.2004	31.05.2009
3.3	SGS/ SCHULA	Berufsarbeiter II Hauswart	50	23.06.2004	31.07.2010
3.4	PLUV/PLAK	Techn. Sachbearb. II Landschafts-/Siedlungsplanung	30	01.03.2004	31.01.2007
3.5	GBET	Techn. Sachbearbeiter I Liegenschaftsentwässerung	100	01.07.2004	30.06.2009

Kommentare:

- 3.1/2 Gemäss Lagebericht der Abteilung soziale Einrichtungen vom 21.04.04 an den Gemeinderat gibt es eine markante Zunahme der unterstützten Asylsuchenden. Der administrative und betreuende Aufwand ist in der Dienststelle Asyl dadurch erheblich angestiegen. Die Fallbelastung pro 100% Sozialarbeit ist überdurchschnittlich hoch. Die Komplexität der Fälle nimmt zudem laufend zu, da sich die Struktur der Asylsuchenden mit zunehmender Aufenthaltsdauer verändert. Teilweise werden die Kosten durch die Aufhebung bzw. Reduktion von Pensen im Asylbereich kompensiert (siehe auch Punkt 4. Stellenabbau).
- 3.3 Der Betrieb im Schlossareal (Haberhuus, Pfrundschiür, Chornhuus, Schlosshof) hat so zugenommen, dass eine ordentliche Hauswartzschaft unumgänglich geworden ist. Die Arbeitsplatzbewertung hat ergeben, dass ein Pensum von 65 Stellenprozenten nötig ist (15% werden durch Hilfskräfte abgedeckt). Die zusätzlichen 50% werden der Gemeinderechnung nicht belastet, da für das Schloss eine Spezialfinanzierung besteht.
- 3.4 Auf Grund neuer Aufgaben (Grabmalpflege) wurden 30 Stellenprozente geschaffen zur Erhöhung des Beschäftigungsgrades von 50 auf 80 Stellenprozente.
- 3.5 Stellenschaffung zur Überbrückung eines krankheitsbedingten Ausfalles eines Mitarbeiters. Die Überbrückung dauert maximal bis zur ordentlichen Pensionierung des

Mitarbeiters (im Jahre 2010) oder bis zum Zeitpunkt einer allfälligen Invalidierung durch die IV (Gesuch läuft).

4. Stellenabbau per 1. Januar 2005

Der Gemeinderat hat im Lauf des Jahres 2004 insgesamt **60 öffentlichrechtliche Stellenprozente** abgebaut (50% befristet, 10% unbefristet). Laut Personalreglement Art. 4 Abs. 1 liegt die Kompetenz für die Aufhebung unbefristeter öffentlichrechtlicher Stellen (10%) beim Parlament.

	Direktion	Funktionsbezeichnung	Stellenprozente	Bewilligt am	Begründung
4.1	SGS/ASE	Adm. MA II	50	30.06.2004	Ablauf befr. Stelle MA im Asylbereich
4.2	SGS/ASE	Adm. Sachb. I	10	31.08.2004	BG-Reduktion einer Mitarbeiterin im Asylbereich

Kommentare:

- 4.1 Gemäss Lagebericht der Abteilung soziale Einrichtungen vom 21.04.04 an den Gemeinderat gibt es eine markante Zunahme der unterstützten Asylsuchenden. Der administrative und betreuerische Aufwand ist in der Dienststelle Asyl dadurch erheblich angestiegen. Die Fallbelastung pro 100% Sozialarbeit ist überdurchschnittlich hoch. Die Komplexität der Fälle nimmt zudem laufend zu, da sich die Struktur der Asylsuchenden mit zunehmender Aufenthaltsdauer verändert. Aus diesem Grund wurde diese Stelle aufgehoben und eine neue Stelle als Sachbearbeiter(in) im sozialen Bereich geschaffen (siehe auch Punkt 3.1/.2 durch Gemeinderat bewilligte Stellen).
- 4.2 Reduktion Beschäftigungsgrad einer Mitarbeiterin im Asylbereich (unbefristete öffentlichrechtliche Stellenprozente)

5. Übersicht über geschaffene und abgebaute (befristete und unbefristete) Stellenprozente aus dem Stellenpool (mit Kostenfolgen) im Jahr 2004

Nicht wiederbesetzte unbefristete Stellen oder Stellenprozente gehen in den Stellenpool. Auf Antrag der Direktionen können Stellen oder Stellenprozente aus dem Stellenpool wieder aktiviert werden.

Insgesamt wurden im Jahr 2004 dem Stellenpool 515 Stellenprozente entnommen. Demgegenüber wurden dem Stellenpool 500 Stellenprozente zugeführt, was einer effektiven Entnahme von 15 Stellenprozenten aus dem Stellenpool entspricht.

Stellenpool Totalbestand per:	Total Stellen-%
31.12.2003	1'322 %
31.12.2004	1'307 %
Effektiv aus Pool entnommen	15 %

Den Bewegungen im Stellenpool liegen zur Hauptsache Beschäftigungsgrad-Änderungen von Mitarbeitenden sowie in arbeitsbedingten Überbrückungen bei längeren Ausfällen wie Mutter- und Elternschaftsurlaube sowie Krankheiten zu Grunde.

6. Stellen- und Personalbestand per 31.12.2004

Die hier ausgewiesenen Zahlen weisen die bewilligten, besetzten und vakanten befristeten und unbefristeten öffentlichrechtlichen Stellenprozente und Stellen per Stichtag aus.

Bestand per:	Bestand Voll-Teilzeitstellen	Stellen-%
31.12.2003	395	33'643 %
31.12.2004	379	32'110 %
Differenz zu 2003	-16 Stellen	- 1'533 %

Der Abbau von insgesamt 1'533 Stellenprozenten steht im Zusammenhang mit den unter Punkt 6.1 (Differenz von Stellenprozenten) und 6.2 (Differenzbereinigung/Erklärung) dargestellten Erläuterungen (ungleiche Periodizität zwischen Verwaltungsbericht und Stellenschaffungsantrag). Es kann daher nicht direkt auf die unter den Punkten 1 bis 1.2 dieses Berichtes ausgewiesenen Zahlen geschlossen werden.

6.1 Differenz von Stellenprozenten

Stellenbestand per 31.12.2003		33'643%
Durch GR im Jahr 2004 bewilligte befristete öffentlichrechtliche Stellen-%		<u>+ 270%</u>
Zwischensaldo		33'913%
Aufhebung befristeter/ unbefristeter Stellen durch GR /Parlament (04)	- 60%	
Aufhebung befristeter / unbefristeter Stellen durch GR/Parlament (03)	<u>- 1'620%</u>	<u>-1'680%</u>
Zwischensaldo		32'233%
Stellenbestand per 31.12.2004 (Verwaltungsbericht)		<u>32'110%</u>
Differenz		<u>123%</u>

Die Differenz von 123 Stellen-% begründen sich wie folgt:

- 1.) Im Stellenbewirtschaftungsantrag 2003/2004 wurde die Auslagerung der Kindertagesstätten Köniz bereits ausgewiesen. Wie die Nachprüfung ergeben hat, wurden damals 35 Stellenprozente zu wenig aufgehoben.
- 2.) 50 Stellenprozente betreffen die unter Punkt 2 dieses Antrages aufgeführte Umwandlung einer unbefristeten privatrechtlichen in eine öffentlichrechtliche Stelle. Bislang werden im Verwaltungsbericht keine privatrechtlichen Stellen nach Personalreglement Art. 1 Abs. 3 ausgewiesen.
- 3.) Weitere 38 Stellenprozente betreffen Pensenänderungen bei befristeten privatrechtlichen Stellen wie z.B. Reinigungspersonal.

Nach der Differenzbereinigung beläuft sich der konsolidierte Stellenbestand per 31.12.2004 der unbefristeten und befristeten öffentlichrechtlichen Stellen auf **32'110 Stellenprozente**.

6.2 Differenzbereinigung / Erklärung

Die Differenzen zwischen den Zahlen im Stellenbewirtschaftungsantrag und im Verwaltungsbericht liegen darin begründet, dass der Verwaltungsbericht Zahlen über die Zeitspanne vom 1.1. bis 31.12. des betreffenden Jahres wiedergibt, der Antrag Stellenschaffung jedoch jeweils zu einem andern Zeitpunkt vom Gemeinderat und vom Parlament behandelt wird und die Zeitspanne vom 1.1. bis 31.10. des betreffenden Jahres ausweist. Dadurch konnten die Stellenbewegungen und Mutationen der Monate November / Dezember im Antrag Stellenschaffung nicht ausgewiesen werden und mussten im Folgejahr berücksichtigt werden. Zudem werden im Verwaltungsbericht keine privatrechtlichen Stellen nach Personalreglement Art. 1 Abs. 3 ausgewiesen.

6.2 Lösungsansatz

Zur Vermeidung künftiger Differenzen wird die Zeitachse von Verwaltungsbericht und Antrag Stellenschaffung gleich gelegt. Deshalb wird der Antrag Stellenschaffung nicht wie bisher im November, sondern im Februar/März des Folgejahres vom Gemeinderat und vom Parlament behandelt. Dieses Jahr gibt es noch Differenzen zwischen Verwaltungsbericht und Antrag Stellenschaffung (Nov. / Dez. 2003). Ab dem nächsten Stellenbewirtschaftungsantrag ist dann die identische Zeitachse (1.1. bis 31.12.2005) von Verwaltungsbericht und Stellenbewirtschaftungsantrag gewährleistet.

7. Antrag

Der Gemeinderat unterbreitet dem Parlament folgenden

Beschlussesentwurf

1. Das Parlament beschliesst die Umwandlung der folgenden befristeten in unbefristete öffentlichrechtliche Stellen nach Artikel 4 Absatz 1 des Personalreglementes.

	Direktion	Richtfunktion	Stellen-%	Stellenbewilligung	Ablauf Bewilligung	Umwandlung per
2.1	SGS/ASV	Adm. Sachbearbeiterin I	50	1.10.1999	30.09.2005	1.10.2005
2.2	SGS/ASV	Sachbearb. im Soz. Bereich / Sozial-arbeiterin	40	14.02.2001	28.02.2006	1.07.2005
2.3	SGS/ASE	Adm. MA II	10	1.04.1999	31.03.2005	1.04.2005
2.4	SGS/SCHUL A	Berufsarbeiter II	50	1.01.2002	p.r. unbefr.	1.04.2004
2.5	PFD/STAB	Fachspezialist I	80	1.01.2000	31.12.2005	1.01.2006

2. Das Parlament hebt folgende unbefristetete öffentlichrechtliche Stellenprozente auf:

	Direktion	Funktionsbezeichnung	Stellen-prozente	Stellenabbau per	Begründung
3.1	SGS/ASE	Adm. Sachb. I	10	31.08.2004	BG-Reduktion einer Mitarbeiterin im Asylbereich

3. Das Parlament nimmt davon Kenntnis, dass der Gemeinderat in eigener Kompetenz 50 befristete öffentlichrechtliche Stellenprozente aufgehoben hat.

Köniz, 6. April 2005

Der Gemeinderat